



SPD-Ratsfraktion Hannover

Bilanz 2011 – 2016



Eine Stadt für alle.



Eine Stadt für alle.



Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

unsere Stadt wächst – das ist die wichtigste Bestandsaufnahme für Hannover am Ende der Ratsperiode 2011–2016. Das Wachstum unserer Stadt stellt uns alle vor besondere Herausforderungen. Die Aufgaben, die daraus erwachsen, haben wir in den vergangenen fünf Jahren angepackt. Damit unsere Stadt sich gut weiterentwickelt. Geschafft haben wir das gemeinsam mit Ihnen – im Dialog mit Ihnen und dank Ihres Engagements. So prägte zum einen der Stadtentwicklungsdialog „Mein Hannover 2030“ die zweite Hälfte der nun ablaufenden Ratsperiode. Zum anderen konnte die zentrale Herausforderung der letzten Monate, die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden, dank der ehrenamtlichen Unterstützung von vielen Menschen in unserer Stadt, erfolgreich angepackt werden. Dafür danke ich Ihnen ebenso wie für Ihr Vertrauen, das Sie in uns als stärkste Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover gesetzt haben.

Ihre

Christine Kartmann

Fraktionsvorsitzende

WIR GESTALTEN DIE WACHSENDE STADT: STADTENTWICKLUNG, BAUEN, WOHNEN, VERKEHR

Hannover wächst – das ist kein neues Thema, es zeichnete sich schon in der Wahlperiode zuvor ab. Die SPD-Fraktion hatte deshalb bereits 2010 die ersten Anträge vorgelegt, damit die Verwaltung sich mit dem Thema Wohnen in einer wachsenden Stadt auseinandersetzt.

Das Ergebnis wurde 2013 als Wohnkonzept 2025 vorgestellt und vom Rat beschlossen. Das Wohnkonzept ging von einem Bedarf von rund 15.000 Wohnungen bis 2025 aus.

Zeitgleich startete die Verwaltung die Wohnbauflächeninitiative. Seit 2013 wurden mehr als 40 Bebauungspläne entwickelt, die Bauland für rund 2.500 Wohneinheiten (WE) verfügbar machen. Weitere 14 Bebauungspläne mit rund 2.100 Wohneinheiten haben wir beschlossen – darunter die großen Flächen der Wasserstadt Limmer (allein im ersten Bauabschnitt 515 WE).

Hannovers Bevölkerung ist seit dem Beginn dieser Ratsperiode um fast 25.000 Menschen gewachsen, das entspricht einem Zuwachs von nahezu fünf Prozent. Lebten Ende Juni 2011 528.143 Einwohnerinnen und Einwohner in unserer Stadt, so waren es fünf Jahre später mehr als 553.000.

Damit Hannover für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv bleibt und der soziale Zusammenhalt gelingt, haben wir den sozialen Wohnungsbau zu neuem Leben erweckt. Ergänzend zum Wohnkonzept 2025 wurde ein städtisches Wohnraumförderprogramm aufgelegt, bei dem in den nächsten Jahren 600 Wohneinheiten mit einer festgelegten Miete von 5,60 € gefördert werden sollen. Zur Finanzierung bringt die Stadt in den nächsten 20 Jahren über 32 Mio. € auf. Das Wohnraumförderprogramm haben wir um insgesamt 230 Wohneinheiten aufgestockt.

Die städtische Tochter GBH hat ebenfalls ein Wohnungsneubauprogramm gestartet. Sie hat begonnen, 1.500 neue Wohneinheiten zu errichten.

Wir unterstützen die Gründung von Baugemeinschaften, da die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen steigt. Als wichtiger Bestandteil hannoverscher Wohnungspolitik werden künftig Baugemeinschaften nicht nur durch das Einfamilienhaus-Büro beraten, sondern auch über die Stadtverwaltung unterstützt.

Zum Bevölkerungszuwachs hat auch die steigende Zuwanderung aus den Krisengebieten dieser Welt beigetragen. Lebten Ende 2011 442 Flüchtlinge und Asylsuchende in Hannover, so waren es Ende Mai 2016 4.800 Personen. Die Verwaltung der Landeshauptstadt hat die Unterbringung, die Beratung und die ersten Schritte zur Integration hervorragend erledigt. Dabei konnte sie auf eine großartige ehrenamtliche Unterstützung aus der Stadtgesellschaft zählen. Für dieses bürgerschaftliche Engagement sind wir dankbar.

Wir als SPD-Ratsfraktion haben sehr früh auf das Thema reagiert und schon Anfang 2013 ein „Konzept zur Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen“ beschlossen. Es steht auf drei Säulen: Unterbringung in Wohnungen,



in Wohngruppen und in Wohnheimen. Für alle drei Wohnformen wurden soziale Standards erarbeitet und die notwendige Zahl an hauptamtlichen Betreuungskräften festgelegt. Der Zuwanderungsdruck ist allerdings im zweiten Halbjahr 2015 so gestiegen, dass die Zahl der Unterzubringenden pro Einrichtung nach oben korrigiert werden musste. Dennoch ist es uns in Hannover gelungen, allen Unterzubringenden ein festes Dach über dem Kopf zu geben. Die letzten der zeitweilig belegten Turnhallen werden nach den Sommerferien renoviert den Schulen und Sportvereinen wieder zur Verfügung stehen.

Neben den großen Anstrengungen zum Wohnungsneubau haben wir die Stadterneuerung vorangetrieben. Die Stadtteile Limmer, Sahlkamp, Hainholz und Stöcken befinden sich im Erneuerungsprogramm „Soziale Stadt“, neu aufgenommen wurde der Stadtteil Mühlenberg.

Die Innenstadt und die Altstadt nehmen im Stadtgefüge eine herausragende Stellung ein. Nach dem intensiven Diskussions- und Planungsprozess „City 2020+“ haben die Umsetzungsarbeiten begonnen. Die GBH und union-boden errichten am Klagesmarkt eine neue gemeinsame Geschäftszentrale und Wohnhäuser. Der Umbau der ehemaligen Schule am Hohen Ufer zur Volkshochschule ist abgeschlossen. Die Bauarbeiten für Wohnhäuser in direkter Nachbarschaft sind im vollen Gang. Das Leineufer hat dadurch ein neues attraktiveres Gesicht erhalten. Und die Umgestaltung des Marstalls hat mit dem Bau von zwei Wohnblocks begonnen.

2013 ist das Sonderprogramm zur Straßen-, Rad- und Gehwegesanierung ange laufen. Es sollen vor allem Straßen in reinen Wohngebieten wieder hergestellt werden. Insgesamt werde 50 Mio. € investiert, um die städtische Verkehrsinfrastruktur zu erhalten. Die Programme für den Straßen-, Rad- und Fußwegebau werden mit Mitteln von jährlich über 20 Mio. € fortgesetzt. Größere Bauprojekte waren in dieser Wahlperiode die Renovierung der Raschplatz-Hochstraße, der Neubau des ZOB an der Rundestraße, die Umgestaltung der Karmarschstraße, des Kröpckecenters und seines Umfelds, der Schulenburg Landstraße, Scheidestraße, Sallstraße, Klingerstraße mit Lärmschutzanlagen, In der Rehre und der Göttinger Chaussee.

HANNOVER – STADT IM GRÜNEN: UMWELTSCHUTZ, GRÜNFLÄCHEN, ENERGIE

Mit einem Grünanteil von fast 50 Prozent seiner Fläche ist Hannover eine „Stadt der Gärten“. Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün plant, baut und pflegt die öffentlichen Grünflächen, Spielplätze, Wälder, Parks und Friedhöfe sowie die Eilenriede und alle Straßenbäume. Darüber hinaus kümmert sich der Umweltausschuss um die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes, um Energiefragen und die Stadtentwässerung, ihm obliegen auch die Fragen des Hochwasserschutzes. Die Kleingärten sind ein unverzichtbarer Bestandteil der hannoverschen Grünqualitäten und ein hervorragender Naherholungsraum. Nach Vorlage des Wohnkonzeptes 2025 und ersten Überlegungen, in einigen Stadtteilen Kleingartenflächen zu Bauland umzuwidmen, hat der Rat auf unsere Initiative die Verwaltung beauftragt, ein neues, innovatives Kleingartenkonzept mit dem Bezirksverband der Kleingärtner zu erarbeiten.

Das von uns initiierte Konzept hilft bei der dringend erforderlichen Modernisierung von Kolonien und der Sanierung von Wegen, bei der Öffnung der Gärten für die Stadtgesellschaft und bei der Berücksichtigung der Erfordernisse von Inklusion und Integration. Die Zahl von rund 20.000 Kleingärten wird erhalten. 813 Kleingärten, die Wohnen und Gewerbe weichen müssen, sollen durch Umstrukturierungen im Bestand – u.a. durch Verkleinerung übergroßer Gärten oder die Verpachtung leerstehender Parzellen – ersetzt werden. Für einen zukünftigen Bedarf sind insgesamt 29 Flächen ermittelt worden, die als Kleingartenerwartungsland vorgehalten werden sollen. Zur Umsetzung des Kleingartenkonzepts, das der Rat im Sommer beschlossen hat, haben wir 43 Mio. € bereitgestellt.

Im städtischen Umwelt- und Naturschutzbereich sind traditionell viele ehrenamtliche Initiativen und Vereine engagiert. Mit zweckgebundenen Beihilfen unterstützt die Stadt deren Arbeit. In den letzten fünf Jahren haben wir die Beihilfen von BUND und Bürgerinitiative Umweltschutz erhöht. Auch die Arbeitsgemeinschaft für Limnologie, die regelmäßig die kleineren Fließgewässer kontrolliert, oder die Fledermausinitiative wurden unterstützt. Damit stärken wir das Ehrenamt. Beim Hochwasserschutz wurden die Vorlandabgrabungen fertiggestellt, und gegenüber dem Ihmezentrum ist dadurch ein neuer Park entstanden. Der Deich in Ricklingen wurde erhöht, verstärkt und bis zum Südschnellweg verlängert. Als Aus-



gleichsmaßnahmen wurden zahlreiche Baumpflanzungen vorgenommen. Auf dem Stöckener Friedhof ist in den denkmalgeschützten Gebäuden im Eingangsbereich ein neues inklusives Café entstanden. Die Ehrengräber auf den Friedhöfen wollen wir durch Informationstafeln besser ausweisen. Auf Basis des Klimaschutzaktionsprogramms 2008 bis 2020 ist der Masterplan „100 Prozent für den Klimaschutz“ erarbeitet worden – bis spätestens 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 95 Prozent und der Endenergiebedarfe um die Hälfte reduziert werden. Diese Vorhaben decken sich mit den europäischen und nationalen Klimaschutzziele. Bundesweit haben sich 19 Kommunen – darunter auch Stadt und Region Hannover – verpflichtet, mit langfristig ökologisch und ökonomisch sinnvollen Maßnahmen den Klima- und Ressourcenschutz voranzutreiben. U.a. wird hierfür ein Konzept für eine nahezu klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2050 entwickelt. Die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Energiesparen und zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstiles, zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere aus regionalen Quellen, sowie zur Schließung von Wertstoffkreisläufen wollen wir hierfür ausschöpfen. Der enerCity-Fonds proklima bietet seit 1998 den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze und dem Energieversorger enerCity ein wirksames Instrument zur Umsetzung der lokalen Klimaschutzziele. Besondere Aufmerksamkeit verdienen das bisher größte Passivhaus-Schulneubau-Projekt an der IGS Mühlenberg und die wegweisenden Lebensmittelmärkte im Passivhausstandard. Im Wohnungsbausektor wurden 2015 von proklima 115 Wohngebäude im Passivhausstandard gefördert, was einen neuen Rekord darstellt.

DAS ZUSAMMENLEBEN FUNKTIONIERT: SOZIALES

Gerade eine wachsende Stadt braucht ein sicheres soziales Gefüge, damit das Zusammenleben gut funktionieren kann. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Einkommen, ihren Fähigkeiten und ihrer Herkunft am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Damit dies gelingt, haben wir die Leistungen des Hannover-Aktiv-Pass auf Per-

sonen und Familien mit geringem Einkommen, z.B. Wohngeldempfänger, ausgeweitet. Die Nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme, vor allem in den Sanierungsgebieten der „Sozialen Stadt“, haben wir ausgebaut und verstetigt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass SeniorInnen, die sich unsicher sind, wie sie ihre Interessen gegenüber der Wohnungswirtschaft und Vermietern vertreten können, vom Kommunalen Seniorenservice (KSH) Hilfe und verstärkte Aufklärung über bestehende Beratungsmöglichkeiten erhalten – auch, damit ältere Menschen solange wie möglich selbstbestimmt in ihren Wohnungen leben können. Zudem haben wir erreicht, dass der Personalschlüssel in der Seniorenarbeit der Stadt verbessert wurde. Hier wurde eine Stelle eingerichtet, um besonders den von Altersarmut Betroffenen mehr Hilfe anbieten zu können. Das Thema Inklusion gehen wir ganzheitlich an. Wir wollen in Hannover die Vision von einer Stadt ohne Grenzen verwirklichen. Dabei steht alles auf dem Prüfstand: vom Freizeitheim über die städtischen Parks und die Eingänge der Friedhöfen bis hin zu den Spielplätzen, Verkehrsampeln und Kleingärten. Die erfolgreiche Ausrichtung der Special Olympics 2016 durch Hannover betrachten wir als wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Inklusion. Angesichts der steigenden Zuwanderung im vergangenen Jahr haben wir uns dafür eingesetzt, dass in der Landeshauptstadt Hannover ein Integrationsmanagement für Flüchtlinge eingerichtet und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dank unserer Initiative wurde die „Koordinierungsstelle für Flüchtlinge“ in der Stadtverwaltung geschaffen. Wir haben die Beratungsangebote insgesamt ausgeweitet. Für Einwandernde aus den EU-Ländern, insbesondere aus Südosteuropa, steht nun ein kontinuierliches und professionelles Hilfeangebot bereit. Diese Menschen brauchen Unterstützung dabei, vorhandene Kompetenzen zu nutzen und eine Arbeit aufnehmen zu können. Für Sinti und Roma haben wir spezielle Angebote geschaffen, damit ihre Integration gelingt. Die finanziellen Mittel für die Beratungsstelle „Phoenix“ zur Unterstützung bulgarisch sprechender Prostituierten haben wir verstetigt. Wir haben die AWO und die Caritas finanziell gestärkt, um mithilfe gezielter Unterstützungsangebote dafür Sorge zu tragen, dass Flüchtlinge noch besser in unserer Stadt und in unserer Gesellschaft ankommen.



Bei der Gesundheitsfürsorge haben Hilfen für internet-, online und spielsüchtige Menschen eine besondere Aufmerksamkeit erfahren. Aufgrund der alarmierenden Zahlen zum schulischen Leistungsabfall junger Menschen wurde die Beratungskompetenz in Hannover durch die Förderung zweier weiterer Träger verstärkt.

STANDORT HANNOVER: WIRTSCHAFT

Unsere starke Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Sie ist ein wichtiger Partner für die Entwicklung Hannovers insgesamt und des Hochschulstandorts im Besonderen. Und sie sorgt mit ihren Steuern für eine solide finanzielle Grundlage unserer Stadt. Deshalb begleiten wir hannoverimpuls, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft von Stadt und Region Hannover, als verlässlichen Partner, um Existenzgründungen in Industrie, Handwerk und Gewerbe zu unterstützen. hannoverimpuls bündelt die Handlungsfelder Gründung, Wachstum, Ansiedlung und Flächenmanagement. hannoverimpuls soll zudem wichtige Akzente in den Bereichen Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Umweltwirtschaft setzen.

Wir stehen zu der Aktionsplattform „Schaufenster Elektromobilität“ und haben das Thema in all seinen Facetten begleitet. Die E-Mobilität muss weiterhin bedarfsgerecht entwickelt werden. Dazu setzen wir vor allem auf die Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen – Wolfsburg. Mit den Partnern in der Metropolregion wollen wir die Bereiche Gesundheits- und Kreativwirtschaft, Energie- und Ressourceneffizienz und Wissensvernetzung weiterentwickeln.

Beim Städtetourismus soll Hannover weiter in der ersten Liga spielen. Mehr Gäste, mehr Übernachtungen: Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Rund 2,38 Mio. Übernachtungen wurden im Jahr 2015 gezählt. Mit einem jährlichen Zuwachs von 4,1 Prozent hat Hannover gleichgezogen mit Leipzig und Nürnberg. Die Landeshauptstadt präsentiert sich als Eventzentrum mit Nähe zur Natur und zieht mit verschiedenen Festivals, Kultur- und Sportveranstaltungen ein Publikum an, von dem Gastronomie- und Hotelgewerbe sowie Einzelhandel profitieren.

Wir entwickeln Hannover als Einzelhandelsstandort mit überregionaler Bedeutung stetig weiter. Die Stärkung der Innenstadt und die Sicherung der Nahversor-

gung in den Stadtteilen gehören zu den wichtigsten Anliegen unserer kommunalen Wirtschaftspolitik.

Durch das Wachstum der Wirtschaft und den Anstieg der Bevölkerungszahl steigt die Konkurrenz um verfügbare Flächen. Hier wollen wir zukunftsfähige Lösungen erarbeiten lassen und haben deshalb ein kommunales Flächennutzungskonzept gefordert.

PERSÖNLICHKEIT UND KREATIVITÄT: BILDUNG UND JUGEND

Bildung ist eine wesentliche Grundlage für unser Leben. Sie prägt unsere Persönlichkeit und ermöglicht es uns, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Bildungs- und Jugendpolitik sind uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deshalb besonders wichtig.

Wir haben in den letzten zehn Jahren 2.000 Krippen- und 400 Kindergartenplätze eingerichtet. Die Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten haben wir ausgeweitet und das Angebot in den meisten Einrichtungen ausgebaut. Dazu gehört neben Mittagessen und frühkindlicher Förderung auch eine dritte Betreuungskraft. Die haben wir in den hannoverschen Krippen bereits eingerichtet, als entsprechende Vorgaben des Landes noch ausstanden. Die Beitragsstaffel für die Kinderbetreuung haben wir transparenter und sozial gerechter gestalten lassen. Auch der Ganztagsbetrieb an den Grundschulen ist erheblich ausgeweitet worden. Mehr als die Hälfte aller Grundschulen in Hannover sind inzwischen Ganztagschulen. Die Kinder erhalten dort zudem ein gesundes, warmes Mittagessen. Das Konzept hierfür haben wir auf den Weg gebracht.

Als SPD-Fraktion stehen wir für ein integratives und inklusives Bildungskonzept. Wir haben fünf neue Integrierte Gesamtschulen gegründet und den nur noch wenig nachgefragten Haupt- und Realschulen als integrierte Stadtteilschulen eine neue Perspektive gegeben. Da auch Gymnasien stärker nachgefragt werden, wird nun in Limmer ein 17. Gymnasium gegründet.

Vorangetrieben haben wir auch die Bautätigkeit an den Schulen. Wir haben mit der IGS Mühlenberg den größten Schulneubau Niedersachsens errichtet. Die Sanierung etlicher Schulen ist begonnen, Brandschutz und Barrierefreiheit an Schu-



len sind verbessert worden. Für all diese Maßnahmen haben wir in den letzten zehn Jahren 320 Mio. € investiert. Zudem haben wir mit dem Medienentwicklungsplan die Grundlage dafür geschaffen, dass alle Schulformen mit modernen Unterrichtsmitteln ausgestattet werden.

Lebenslanges Lernen – dafür steht auch die Volkshochschule. Wir haben dafür gesorgt, dass sie am Hohen Ufer ein neues Domizil beziehen konnte, die erste komplett barrierefreie VHS in Deutschland. Mit dem Bildungsbüro haben wir eine Stelle geschaffen, die Bildungsangebote in Hannover zentral koordiniert und darüber informiert. Das Bildungsbüro soll den Menschen helfen, ihre Bildungsbiografien erfolgreich zu gestalten. Dabei werden die Jugendhilfe und Sozialplanung einbezogen.

STADT DER VIelfALT: KULTUR

Kulturelle Vielfalt zeichnet unsere Stadtgesellschaft aus, sie belebt und fördert Kreativität. Um diese Vielfalt zu erhalten und auszubauen, haben wir sowohl „Leuchttürme“ der hannoverschen Kulturlandschaft ausgebaut als auch die kulturelle Szene vor Ort in den Quartieren gefördert.

Die Museumslandschaft Hannovers ist sehr gut aufgestellt. Das Sprengel Museum hat einen Anbau erhalten, um seine zahlreichen Ausstellungsstücke noch besser präsentieren zu können. Durch die Realisierung des Museumsverbunds wurde eine gute organisatorische Grundlage für die städtischen Museen gelegt. Mit der anstehenden Neukonzeption der Dauerausstellungen sind auch inhaltliche Fortschritte zu verzeichnen. Wir haben die Museen zudem durch die Einrichtung eines Etats für Wechselausstellungen und einen Ankaufsetat für das Sprengel Museum gestärkt. Hannover ist seit Dezember 2014 UNESCO City of Music. Dies ist ein großer Erfolg, der die herausragende Arbeit aller an der Bewerbung Beteiligten belohnt hat. Wir haben durch die Einrichtung eines Beirats, der die Ausgestaltung des Titels fachlich begleiten soll, dafür gesorgt, dass die breite Vernetzung weiterhin mit Leben gefüllt wird und alle von der Auszeichnung profitieren. Mit der Einrichtung des Internationalen Chorzentriums in der Christuskirche ist es zudem gelungen, einen zentralen Ort für die hannoversche Chorszene zu schaffen. Sowohl die Chor- als auch die städtische Jazz-Szene haben wir verstärkt gefördert.

Die Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Kultur- und Bildungsarbeit. Wir haben ein Rahmenkonzept in Auftrag gegeben, das eine ganzheitliche, zeitgemäße und würdige Erinnerungskultur gewährleisten soll. Zudem haben wir mit der Fahrradrouten zu Erinnerungsorten und der langfristigen Förderung der Rosebuschverlassenschaften wichtige Angebote der Erinnerungskultur initiiert bzw. abgesichert. Eine herausragende Bedeutung kommt dem künftigen Lernort „Erinnerung und Demokratie“ zu, der moderne Ansätze der historisch-politischen Auseinandersetzung vereinen soll. Seine Anschubfinanzierung haben wir gesichert. Kulturelle Teilhabe geschieht vor Ort, in den Stadtteilen. Die Stärkung von Freizeitheimen und anderen Zentren der Stadtteilkulturarbeit bildet deshalb einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit: So haben wir uns ein Konzept für die Weiterentwicklung der Stadtteilkulturarbeit vorlegen lassen und die Fortbildung, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen gefördert. Wir haben den Neubau des Freizeitheims Stöcken auf den Weg gebracht und die Grundlage dafür gelegt, dass im Rahmen des Investitionsplans „500 plus“ Mittel in die Sanierung von Freizeitheimen fließen. Zudem haben wir einen Fördertopf geschaffen, um die Barrierefreiheit der städtischen Kultureinrichtungen zu verbessern. Die Arbeit der vereinsgetragenen Kultureinrichtungen haben wir durch den Abschluss dreijähriger Zuwendungsverträge gesichert.

Den Pavillon, dessen Sanierung vor zwei Jahren abgeschlossen wurde, und die Faust haben wir durch höhere Fördermittel als Leuchttürme der Soziokultur gestärkt, die weit über ihre Quartiere hinaus wirken.

Der kulturellen Bildung kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, Kinder an Kultur heranzuführen und ihre kulturelle Teilhabe zu sichern. Wir haben im Bereich der kulturellen Bildung vielfältige Kulturinitiativen für Kinder und Jugendliche gefördert, die kulturelle Bildung in den unterschiedlichen Bereichen sicherstellen.

Damit die Stadtbibliothek auch jenseits ihrer Standorte von Menschen genutzt werden kann, haben wir die Zukunft des Bücherbusses gesichert und die Neubeschaffung eines barrierefreien Busses beantragt.

Die freien Theater sind ein wichtiger Bestandteil der hannoverschen Kulturlandschaft. Wir haben die Fördermittel für die freien Theater erhöht und das Festival „Theaterformen“ mit zusätzlichen Mitteln gesichert. Wir haben einen „Innovations-



fonds Kunst und Kultur“ geschaffen, um neue Impulse zur Weiterentwicklung der hannoverschen Kulturszene zu setzen und jungen KünstlerInnen eine Perspektive zu verschaffen. Mit einer hochkarätig besetzten Jury sind viele qualitativ hochwertige und kreative Projekte für die Förderung ausgewählt worden.

HANNOVER IN BEWEGUNG: SPORT

Sport verbindet Menschen und sichert ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Uns ist wichtig, dass diese Teilhabe auch im Alltag gelebt werden kann. Deshalb haben wir die Fortführung des Hannover-Aktiv-Passes beschlossen, Mittel für Projekte zur Integration durch Sport bereitgestellt und die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle „Inklusion im Sport“ beauftragt.

Eine herausragende Bedeutung für die hannoversche Sportlandschaft haben die Vereine, deren Arbeit wir bestmöglich unterstützen. Wir haben die Mittel für ÜbungsleiterInnen und die Zuschüsse erhöht sowie Mittel für die energetische Sanierung von Vereinssportstätten bereitgestellt. Damit haben wir einen guten Rahmen für die Sportvereine gesetzt.

Zu guten Rahmenbedingungen für den Sport zählt auch eine gute Infrastruktur in Hannover. Wir haben mit der langjährigen Erarbeitung des Sportentwicklungsplans eine gründliche Analyse des Ist-Zustands vorgenommen und Perspektiven zur Weiterentwicklung aufgezeigt, damit in der wachsenden Stadt auch zukünftig ausreichend Flächen für den Sport zur Verfügung stehen. Um die bestehenden Flächen besser nutzen zu können, haben wir die Einrichtung eines Internetportals zur Sporthallenvergabe beauftragt und ein Modellprojekt zu längeren Öffnungszeiten von Sporthallen beschlossen.

Das Bäderkonzept ist ein hervorragendes Instrument, das in seiner Erstellung unter Beteiligung aller wesentlichen Akteure Maßstäbe gesetzt und zu einem nachhaltigen Ergebnis geführt hat. Mit dem Bäderkonzept ist in einem nachvollziehbaren und beteiligungsorientierten Prozess eine hervorragende Grundlage für die Entwicklung der Bäderlandschaft in der Landeshauptstadt Hannover geschaffen worden. Die Zukunft aller Bäder ist gesichert, und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden in einem vernünftigen Zeitplan abgearbeitet werden.

QUERSCHNITTSAUFGABE: GLEICHSTELLUNG

Gleichstellung geht alle an. Aus diesem Grund bearbeiten wir dieses Thema auf ganz verschiedenen Feldern des gesellschaftlichen Lebens in Hannover. Unsere Gleichstellungspolitik berührt Fragen der Wirtschaft und des Sozialen ebenso wie die Bereiche der (inneren) Sicherheit und der Bildung. Wir haben einen Gleichstellungsaktionsplan verabschiedet, der die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den unterschiedlichsten Bereichen zum Ziel hat.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen gesellschaftliche Wirklichkeit wird. Deshalb haben wir beantragt, sowohl in der Stadtverwaltung als auch bei den städtischen Beteiligungen den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Insbesondere im Bereich der Stadtverwaltung ist dies in den vergangenen Jahren hervorragend gelungen. Zudem haben wir uns eine Selbstverpflichtung auferlegt, die von uns zu besetzenden Aufsichtsratsmandate zu mindestens 40 Prozent durch Frauen wahrnehmen zu lassen. Die Erarbeitung einer sogenannten Work Place Policy (Arbeitsrichtlinie) gegen häusliche Gewalt durch die Verwaltung war eine der Maßnahmen, die wir im Bereich Hilfe gegen häusliche Gewalt durchgesetzt haben. Zu diesem Arbeitsbereich zählen weiterhin die Unterstützung von Beratungs- und Hilfsangeboten sowohl für Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden – u.a. von Migrantinnen durch den Verein kargah/SUANA –, als auch für sexuell traumatisierte Männer durch das Männerbüro. Zur Stärkung der Hilfsangebote für traumatisierte Frauen haben wir ebenso wie für die Prävention von Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderung zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Auch wenn Homosexualität heute gesellschaftlich weitaus mehr akzeptiert wird als noch vor wenigen Jahren, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität nach wie vor diskriminiert. Einen weiteren Schwerpunkt bildet deshalb unser Engagement gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt. Neben Hannovers queerem Zentrum, dem „andersraum“, unterstützen wir den öffentlichkeitswirksamen Christopher-Street-Day und SchLAU, einen Verein, der an Schulen über Homosexualität aufklärt und Vorurteile dagegen abbaut. Für die Beratungsstellen in diesem Bereich haben wir ebenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt.

In welchem Umfang städtische Gelder Einfluss auf die soziale Position von Frauen



und Männern haben, kann durch Gender Budgeting analysiert und gesteuert werden. Die Erprobung dieses Instruments haben wir beschlossen, sodass gegenwärtig für einzelne Projekte im Bereich der Stadtteilkulturarbeit und in der Wirtschaftsförderung ein Gender Budgeting entwickelt wird.

HANNOVER HEISST WILLKOMMEN: INTERNATIONALES

Hannover lebt Willkommenskultur. Das außerordentlich starke Engagement zahlreicher Ehrenamtlicher hat dazu beigetragen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in unserer Stadt gut untergebracht sind und erste Integrationskurse erhalten.

Wir haben die Netzwerke für Willkommenskultur gestärkt und gefördert. Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen mussten auch Beratung und Unterstützung ausgeweitet werden. Durch das Zusammenspiel aus der Sozialarbeit in den Unterkünften, dem städtischen Integrationsmanagement und dem Engagement freier Träger und vor allem durch den vorbildlichen Einsatz der Ehrenamtlichen konnte ein enges Netz geknüpft werden. Unsere Botschaft lautet: Hannover heißt Flüchtlinge willkommen!

Wir haben uns gegen Rassismus und Rechtsextremismus positioniert und dafür gesorgt, dass Hannover der Kampagne der Amadeu Antonio Stiftung „Kein Ort für Neonazis“ beitrifft. Wir haben die Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus durchgesetzt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Stadtverwaltung und der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA das Qualitätssiegel „Disothek gegen Diskriminierung“ entwickeln und Kriterien für dessen Vergabe festlegen. Damit wurde ein zusätzlicher Weg zur Bekämpfung von rassistisch motivierter Diskriminierung beschritten.

Unserer Initiative ist es zu verdanken, dass Hannover die „Woche gegen Rechts“ ins Leben gerufen hat. Ziel ist es, für eine Woche im Jahr ein umfangreiches Angebot für Schulen, Betriebs- und Personalräte, Vereine und Verbände und interessierte Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln, medial zu begleiten und zu dokumentieren.

Seit dem 1. Juni 2013 hat Hannover die Wertgutscheine abgeschafft und zahlt die Leistungen, die AsylbewerberInnen zustehen, diskriminierungsfrei aus. Nach Ver-

handlungen mit den örtlichen Banken und Sparkassen wurde dafür gesorgt, dass die LeistungsempfängerInnen ein Girokonto eröffnen können.

Wir fördern die Selbstorganisation der MigrantInnen. Den Zusammenschluss zahlreicher kleinerer Gruppen und Vereine, die sich in der Integrationsarbeit in Hannover etabliert haben, im Netzwerk MigrantInnen-Selbstorganisationen (MiSO) unterstützen wir. So können die gemeinsamen Interessen der MigrantInnen-Vereine gebündelt und für die Mitarbeit in den Vereinen geworben werden. Wir fördern weiterhin die Aktivitäten der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken und die Arbeit des „Gesellschaftsfonds Zusammenleben“.

BÜRGERBETEILIGUNG UND BÜRGERSERVICE: ORGANISATION UND PERSONAL

Wir stehen für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb haben wir den Stadtentwicklungsdialo „Mein Hannover 2030“ angestoßen, durch den ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet worden ist. Auch in den Stadtbezirken haben auf unsere Initiative hin Beteiligungsforen unter dem Titel „Mein Quartier 2030“ begonnen.

Wir haben die Leistungsfähigkeit und Serviceorientierung der Verwaltung erhöht. Wir haben das e-Government ausgebaut und die Online-Kommunikation in die Verwaltung verbessert.

In der Verwaltung haben wir neue Stellen geschaffen, um den steigenden Herausforderungen der wachsenden Stadt gerecht zu werden. Für Menschen mit Behinderungen sind neue Arbeitsplätze eingerichtet worden. Auf allen Ebenen der Verwaltung sind inzwischen Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Arbeiten bei der Landeshauptstadt Hannover inzwischen mehr als 50 Prozent Frauen, so ist es uns zudem gelungen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung deutlich zu steigern.

Wir haben begonnen, Fremdvergaben städtischer Aufgaben dahingehend zu prüfen, ob sie von städtischen Beschäftigten nicht zuverlässiger und kostengünstiger erledigt werden können. Damit leisten wir auch einen Schritt zur Sicherung fairer Arbeitsbedingungen und gerechter Löhne.

Eine Stadt für alle.



GRUNDLAGE FÜR GUTE POLITIK: FINANZEN

Die Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt ist eine solide Finanzpolitik. Wir haben in den letzten fünf Jahren durchgängig mehr eingenommen als ausgegeben. Im Jahr 2012 konnten sogar Haushaltsüberschüsse von rund 90 Mio. € erwirtschaftet werden. Diese Überschüsse haben wir genutzt, um alte Defizite auszugleichen und um in die Zukunft unserer Stadt zu investieren. Zugleich haben wir die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt. Die aktuellen Haushaltssicherungskonzepte haben ein Volumen von 92 Mio. €. Dazu gehört auch die Erhöhung von Einnahmen, aktuell der Gewerbesteuer. Zuvor hatten wir bereits die Vergnügungs- und die Grundsteuer angehoben und diese Erhöhung sozial verträglich gestaltet.

Mit dem Investitionsprogramm „500 plus“ kann Hannover in den nächsten zehn Jahren 520 Mio. € zusätzlich zu den ohnehin hohen planmäßigen Investitionen von 1,1 Mrd. € für die Erweiterung und die Sicherung der Infrastruktur ausgeben. Diese Ausgaben werden vor allem der Bildung und dem Wohnungsbau, aber auch Kultur und Sport zugutekommen.

Wir haben an den städtischen Beteiligungen, wie den Stadtwerken Hannover und der Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH) festgehalten. Sie setzen wirtschaftliche Impulse und sind für die öffentliche Daseinsvorsorge wie auch für die Wohnungswirtschaft in Hannover unverzichtbar.



HERAUSGEBERIN

SPD-Ratsfraktion Hannover | Friedrichswall 15 | 30159 Hannover
fon (0511) 168-45310 | fax (0511) 168-43624
mail: spd@hannover-stadt.de | www.spd-ratsfraktion-hannover.de
V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse | Fotos: SPD-Ratsfraktion Hannover
Gestaltung: dacorpo-design.de Sabine Panse
Druck: Druckerei Hartmann | Stand: 18. Juli 2016

Informationsmaterial der SPD-Ratsfraktion darf nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.